

Frequently Asked Questions

zur Antragstellung beim Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

Stand: 16.12.2019

Bitte beachten Sie auch die folgenden Handreichungen, die Sie auf unserer Website finden und Sie bei der Antragstellung unterstützen:

- Hinweise zu den Förderbestimmungen
- Hinweise zu den Indikatoren

Seite 2 von 22

Inhalt

1	Antragstellung	4
1.1	Antragsberechtigung	4
1.2	Antragsverfahren	6
1.2.1	Allgemeine Fragen	6
1.2.2	Nachweis zur Rechtsform, Vertretungsberechtigung und Finanzsituation	7
1.2.3	Besserstellungsverbot	8
1.2.4	Projektpartner	9
1.2.5	Indikatoren	9
2	Detaillierte Projektbeschreibung	10
2.1	Projektkonzept	10
2.2	Zielgruppe	11
2.2.1	Rechtliche Anforderungen	11
2.2.2	Zielgruppennachweis	14
2.3	Lage und Bedarf	14
2.4	Personalausstattung	14
3	Gesamtfinanzplan	15
3.1	Allgemein	15
3.2	Personalausgaben	15
3.3	Reise- und Aufenthaltskosten	17
3.4	Ausrüstungsgegenstände	17
3.5	Sonstige direkte Ausgaben	17
3.6	Anmietung von Immobilien	18
3.7	Sonstige direkte Ausgaben	18
3.8	Unterverträge	18
3.9	Indirekte Kosten	19
3.10	Einnahmen	19
3.10.1	Eigenanteil	19

Seite 3 von 22

3.10.2	Kofinanzierungen.....	20
3.10.3	AMIF-Zuwendung.....	21



Seite 4 von 22

1 Antragstellung

1.1 Antragsberechtigung

1. Wer kann einen Antrag auf Förderung stellen?

Antragsberechtigt sind nach § 5 Absatz 1 der Förderrichtlinie grundsätzlich juristische Personen, wie

- GmbH,
- gGmbH,
- Unternehmergeellschaft (UG),
- eingetragene Vereine (e.V.),
- eingetragene Genossenschaft (eG),
- Aktiengesellschaft (AG),
- Europäische Gesellschaft (SE),
- Stiftung bürgerlichen Rechts,

Körperschaften des öffentlichen Rechts, wie

- Länder,
- Regierungsbezirke,
- Gemeinden,
- Bundesrepublik Deutschland,
- Staatskirchenrechtliche Körperschaften des öffentlichen Rechts,

Internationale Organisationen, wie

- Internationale Organisation für Migration,
- Vereinte Nationen.

Die in der Aufforderung im Rahmen der jeweiligen Maßnahmenbereiche aufgeführten Zuwendungsempfänger sind nicht abschließend, sondern nur beispielhaft aufgezählt.

2. Bei der Benennung der Zuwendungsempfänger im Spezifischen Ziel *Integration*, Maßnahmenbereich 4 *Chancengleichheit* findet sich der Zusatz, dass für Maßnahmen hinsichtlich des vorgeschalteten Sprachunterrichts ausschließlich die Länder als Zuwendungsempfänger vorgesehen sind. Können auch von anderen Trägern Projekte durchgeführt werden die Sprachunterricht beinhalten?

Die Länder sind alleine für die Konzepterstellung für vorgeschalteten Sprachunterricht an Schulen als Zuwendungsempfänger vorgesehen.



Seite 5 von 22

3. Unter Maßnahmenbereich 2 *Verbesserung der Aufnahmebedingungen und der Informationen von Antragstellern* fällt unter den Zuwendungsempfängern der Begriff Nichtregierungsorganisationen, sind darunter Vereine/Verbände gefasst?

Vereine/Verbände sind auch vom Begriff *Nichtregierungsorganisationen* umfasst.

4. Ist eine Antragstellung durch einen *eingetragenen Kaufmann* möglich?

Nein, da es sich beim eingetragenen Kaufmann nicht um eine juristische Person handelt.

5. Muss ein Verein um einen Antrag stellen zu können Mitglied in einem Verband sein?

Nein.

6. Ist es möglich mehrere Anträge zu stellen?

Jeder Antragsteller kann mehrere Projektanträge einreichen, soweit die Umsetzung im Bereich seiner Kapazitäten liegt.

7. Ist es möglich, dass ein Kooperationspartner noch mit einem anderen Träger einen weiteren Antrag zu anderen Projekten stellt?

Ja.

8. Wie läuft das Antragsverfahren bei mehreren Kooperationspartnern ab?

Zur Antragstellung genügt ein Projektantrag eines Antragstellers. Die Kooperationspartner werden in dem Antrag benannt.

9. Ist es möglich auch als BAMF/AZAV-zertifizierter Bildungsträger einen Antrag einzureichen?

Ja.

10. Gelten für Projektpartner die gleichen Voraussetzungen wie für den Antragsteller?

Für Projektpartner gelten dieselben Bestimmungen wie für den Antragsteller (siehe Nr. 1).

11. Kann ein Träger in Gründung Antragsteller oder Projektpartner sein?

Ja.



Seite 6 von 22

12. Ist es möglich, dass bei einem Projektantrag der Zuwendungsempfänger vom Antragsteller abweicht?

Nein, der Antragsteller ist zwingend zugleich immer der einzige Zuwendungsempfänger.

1.2 Antragsverfahren

1.2.1 Allgemeine Fragen

1. Was ist die TA-Nummer? Ist deren Angabe erforderlich?

Bei der TA-Nummer handelt es sich um das Trägeraktenzeichen, das im Rahmen der Registrierung als Träger vergeben wird. Eine Registrierung als Träger ist derzeit nicht möglich. Eine Angabe ist nicht erforderlich.

2. Gibt es jemanden, der uns zur Projektförderung persönlich beraten kann?

Persönliche Beratungen können während der Antragsphase aus Gründen der Gleichbehandlung leider nicht erfolgen. Außerhalb der Antragsphase stehen Ihnen jedoch die Mitarbeiter des Außendienstes für Beratungen zur Verfügung. Die Kontaktdaten finden Sie auf der Homepage des BAMF unter <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/EU-Fonds/AMIF/amif-node.html>.

3. Sind bei Antragstellung bereits Personalzuweisungsverfügungen einzureichen?

Nein, bitte reichen Sie nur die in der Aufforderung genannten Unterlagen ein.

4. Welche Unterlagen sind dem Antrag beizulegen?

Folgende Unterlagen sind einzureichen (siehe auch Punkt 6 der Aufforderung):

- Antragsvordruck
- Gesamtfinanzplan einschließlich aller notwendigen Registerblätter
- Nachweis der Rechtsform des Antragstellers
- Vertretungsberechtigung der Unterzeichnenden des Antrages
- Nachweis über die Solvenz der Organisation des Projektantragstellers in Form einer Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers, eines Steuerberaters oder einer Bank. Bei Körperschaften des öffentlichen Rechts ist der Nachweis entbehrlich.

Bitte reichen Sie keine weiteren Unterlagen ein!



5. Gibt es eine Mindestprojektlaufzeit?

Nein. Die EU-Fördersumme muss aber für das erste sowie jedes weitere vollständige Jahr der Projektlaufzeit mindestens 100.000,00 EUR betragen. Bei einer Projektlaufzeit von über einem Jahr erhöht sich die Fördersumme um $\frac{1}{12}$ der Mindestfördersumme von 100.000 EUR für jeden weiteren Monat (vgl. Punkt 7.1.1 der Aufforderung). Projekte können frühestens am 01.01.2019 begonnen haben und müssen spätestens am 30.06.2022 enden.

1.2.2 Nachweis zur Rechtsform, Vertretungsberechtigung und Finanzsituation

3. Müssen die Unterlagen über den Nachweis der Rechtsform, den Nachweis der Vertretungsberechtigung und den Nachweis über die Solvenz der Organisation von jedem Projektpartner eingereicht werden, oder nur vom Projektantragsteller?

Die Unterlagen sind nur vom Projektantragsteller einzureichen. Die Angaben im Antrag zur Projektpartnerschaft sind zunächst ausreichend.

4. Welchen Nachweis über die Rechtsform soll eine Körperschaft des öffentlichen Rechts einreichen?

Bei Körperschaften des öffentlichen Rechts ist der Nachweis entbehrlich. Lediglich die Vertretungsbefugnis des für den Antragsteller Handelnden ist nachzuweisen über z.B. die Geschäftsordnung oder eine Vollmacht.

5. Wer muss den Antrag unterschreiben?

Der rechtliche Vertreter des Antragstellers hat den Antrag zu unterschreiben. Die Vertretungsberechtigung ist nachzuweisen.

6. Welchen Nachweis über die Solvenz der Organisation haben Körperschaften des öffentlichen Rechts einzureichen?

Bei Körperschaften des öffentlichen Rechts ist der Nachweis entbehrlich.

7. Der Träger hat sich erst vor kurzem gegründet. Was muss als Nachweis zur Solvenz der Organisation eingereicht werden?

Sofern noch kein Nachweis existiert, ist dieser entbehrlich.

8. Ist im Rahmen der Unterschriftsberechtigung auch die Erteilung einer Vollmacht möglich?

Ja, eine Vollmacht kann erteilt werden. Sie sollte personen- und sachbezogen sein.



1.2.3 Besserstellungsverbot

Bitte beachten Sie auch die Hinweise zu den Förderbestimmungen!

1. Wonach bestimmt sich bei einer Einrichtung eines Verbandes, die keine eigenständige Rechtsform hat, ob die Gesamtausgaben überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand bestritten werden?

Entscheidend sind dann die Gesamtausgaben des Verbandes.

2. Wird zum Besserstellungsverbot ein gesondertes Formular zur Verfügung gestellt oder sind die Angaben im Antragsformular ausreichend?

Die Angaben im Antragsformular sind ausreichend.

3. Verstoßen wir gegen das Besserstellungsverbot, wenn Mitarbeiter wegen BAT-alt Übergang/Bestandsschutz nach EG 14 eingruppiert sind?

Nein. Mehrausgaben, die auf Grund Bestandschutzes BAT entstehen können, führen nicht zum Ausschluss der Förderungen nach den Grundsätzen des Besserstellungsverbot.

4. Liegt ein Verstoß gegen das Besserstellungsverbot vor, wenn z.B. Kommunen, die nach TVÖD-Kommune bezahlen oder Stellen nach TVÖD-Land bezahlen?

Auf Gebietskörperschaften findet das Besserstellungsverbot keine Anwendung. Daher liegt auch kein Verstoß vor.

5. Ist für Honorarkräfte das Besserstellungsgebot zu beachten?

Sofern das Besserstellungsverbot gilt, unterliegen dem nur das beim Zuwendungsempfänger beschäftigte Personal.

6. Welche Konsequenzen hat ein Verstoß gegen das Besserstellungsverbot?

Gilt das Besserstellungsverbot und liegt ein Verstoß vor, so ist das Projekt als Ganzes nicht förderfähig und kann nicht gefördert werden. Im Falle einer bereits ausgezahlten Förderung werden die Mittel zurückgefordert.

7. Zum Zeitpunkt der Antragsstellung werden die Voraussetzungen für das Besserstellungsverbot nicht erfüllt. Was ändert sich, wenn zukünftig der Anteil der öffentlichen Förderung 50% übersteigt und somit das Besserstellungsverbot gilt?

Sobald das Besserstellungsverbot zu beachten ist, ist die EU Zuständige Behörde aufgrund der Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers hierüber zu informieren.



Seite 9 von 22

1.2.4 Projektpartner

1. Darf der Antragsteller im Falle der Bewilligung Mittel an den Projektpartner weiterleiten?

Ja, eine Mittelweiterleitung ist zulässig und im Kooperationsvertrag zu regeln.

2. Wer trägt die Verantwortung für die Durchführung des Projektes gegenüber der EU-Zuständigen Behörde?

Gegenüber der EU-Zuständigen Behörde ist allein der Zuwendungsempfänger (Antragsteller) für die ordnungsgemäße Durchführung des Projekts verantwortlich.

3. Gibt es inhaltliche Vorgaben für die Kooperationsverträge?

Ja, diese finden Sie in den *Hinweisen zu den Förderbestimmungen*.

4. Sollen geschlossene Kooperationsverträge dem Antrag beigelegt werden?

Nein, bitte reichen Sie nur die in der Aufforderung genannten Unterlagen ein.

5. Wir gehen keine Projektpartnerschaften ein, verfügen aber bereits über ein erfolgreich arbeitendes Netzwerk, das in den Projekten weiter ausgebaut werden soll – wie stelle ich diese Netzwerkpartnerschaften dar?

Die Darstellung der Zusammenarbeit erfolgt in der detaillierten Projektbeschreibung, sofern es für die Umsetzung des Projektes relevant ist.

6. Gibt es Beschränkungen für die Aufteilung der finanziellen Mittel zwischen den Projektpartnern?

Nein.

1.2.5 Indikatoren

Bitte beachten Sie auch das Dokument *Hinweise zu den Indikatoren*!

1. Sind die Plandaten der Indikatoren pro Jahr oder für das gesamte Projekt anzugeben?

Die Angaben sind für die gesamte Projektlaufzeit anzugeben.

2. Sind alle genannten Indikatoren für die jeweiligen Maßnahmenbereiche verpflichtend?

Nein, welche Indikatoren zu bedienen sind, ist abhängig von der Projektkonzeption.



Seite 10 von 22

3. Können die vorgegebenen Indikatoren durch weitere, eigene Indikatoren ergänzt werden?

Nein. Maßgeblich sind allein die im Antragsvordruck vorgegebenen Indikatoren.

4. Können Personen der Zielgruppe, die in einem laufenden AMIF-Projekt an Maßnahmen teilgenommen haben, auch in einem neuen Projekt als Teilnehmende gezählt werden?

Das ist möglich, sofern es sich nicht um die gleichen Maßnahmen handelt.

2 Detaillierte Projektbeschreibung

2.1 Projektkonzept

1. Sollten Maßnahmen eher regional verortet sein, oder überregionale Ziele haben?

Die Konzeption des Projektes obliegt den Antragstellenden. Aus Sicht des AMIF sind aber Projekte mit überregionalem Wirkungsbereich wünschenswert.

2. Ist es ausreichend, wenn ein beantragtes Projekt sich ausschließlich auf ein spezifisches Ziel beschränkt und dort auch nur ein nationales Ziel erreichen will?

Ja, etwas Anderes ist gar nicht möglich (vgl. Auffoderung Punkt 7.1.2).

3. Darf ein Projektantrag mehrere nationale Ziele abdecken?

Nein, ein Projektantrag ist immer einem spezifischen Ziel, einem dazugehörigen nationalen Ziel und innerhalb dessen einem Maßnahmenbereich zuzuordnen.

4. Kann sich das Projekt auf mehrere Maßnahmenbereiche beziehen?

Das Projektkonzept muss der Beschreibung des ausgewählten Maßnahmenbereiches entsprechen und einem Maßnahmenbereich eindeutig zuzuordnen sein. Eine Erstreckung auf mehrere Maßnahmenbereiche ist nur zulässig, wenn das Projekt zum einen nur einem spezifischen Ziel und zum anderen innerhalb des Zieles auch nur einem nationalen Ziel zugeordnet wird. In diesem Fall muss aber ein deutlicher Schwerpunkt bei einem Maßnahmenbereich erkennbar sein.



Seite 11 von 22

5. Können mehrere Maßnahmenbereiche innerhalb der Antragstellung ausgewählt werden?

Nein, es ist der Maßnahmenbereich auszuwählen, dem das Projekt eindeutig zugeordnet werden kann.

6. Einige Maßnahmenbereiche beinhalten mehrere Maßnahmen, die umgesetzt werden sollen. Muss ein Projekt alle Maßnahmen des Maßnahmenbereiches bedienen?

Nein, jedoch muss mindestens eine genannte Maßnahme im Projekt umgesetzt werden (siehe auch Frage 7).

7. Einige Maßnahmenbereiche zählen mehrere Maßnahmen zur Zielerreichung auf. Ist die Aufzählung abschließend?

Nein, die Formulierung *insbesondere* indiziert, dass es sich nur um eine beispielhafte Aufzählung handelt. Auch andere Projektkonzeptionen, sofern sie zur Zielerreichung geeignet sind, können eingereicht werden.

8. Bei einigen Maßnahmenbereichen wird von Maßnahmen der Standardisierung sowie von der Entwicklung von Standards gesprochen. In welchem Rahmen gibt es bereits Standardisierungen in den Bereichen?

Die Entwicklung der Projektkonzeption und die Beschaffung der dazugehörigen Hintergrundinformationen obliegen allein dem Antragsteller.

9. Was ist ein Strukturprojekt?

Ein Strukturprojekt richtet sich nur indirekt an die Zielgruppe. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn im Projekt Schulungen für Ehrenamtliche oder die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Belange der Zielgruppe durchgeführt werden.

2.2 Zielgruppe

Bitte beachten Sie auch die Hinweise zu den Förderbestimmungen!

2.2.1 Rechtliche Anforderungen

1. Welche Personen gelten als besonders schutzbedürftig?

Der Personenkreis der besonders Schutzbedürftigen ist in Art. 20 Abs. 3 der Richtlinie 2011/95/EU definiert.

2. Gehören im spezifischen Ziel 2 Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive zur Zielgruppe?

Nein, vgl. § 2 Abs. 2 der Förderrichtlinie.



Seite 12 von 22

3. Wer ist Drittstaatsangehöriger?

Drittstaatsangehörig ist jede Person, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union innehat. Dazu gehören auch Staatenlose und Personen mit einer unbestimmten Staatsangehörigkeit.

4. Gehören anerkannte Flüchtlinge oder Flüchtlinge, die im Rahmen einer humanitären Aufnahme aufgenommen wurden, zur Zielgruppe im Spezifischen Ziel 2?

Die in § 2 Abs. 2 der Förderrichtlinie genannte Zielgruppe des Spezifischen Ziels 2 umfasst auch anerkannte Asylbewerber i.S.d. Art. 16a GG, Drittstaatsangehörige, denen die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylVfG zuerkannt wurde und Personen, denen subsidiärer Schutz gemäß § 4 AsylVfG gewährt wurde. Personen, die im Wege der humanitären Aufnahme aufgenommen werden, gehören ebenfalls zur Zielgruppe, da sie sich rechtmäßig, also dauerhaft und beständig, in Deutschland aufhalten (vgl. Aufforderung Teil B, Punkt 2.2).

5. Was bedeutet der Aufenthalt ist von vorübergehender Natur gemäß § 2 Abs. 2 der Förderrichtlinie?

Ein Aufenthalt ist dann von vorübergehender Natur, wenn er auf eine kurze, im Vorhinein bereits bestimmte Zeitspanne angelegt ist (z. B. Au-Pair oder Erasmus).

6. Gehören Flüchtlinge zur Zielgruppe des spezifischen Ziel 2?

Maßgeblich für die Zuordnung zur Zielgruppe ist der Aufenthaltsstatus gemäß § 2 der Förderrichtlinie. Bei dem Begriff *Flüchtlinge* handelt es sich um einen Begriff aus dem allgemeinen Sprachgebrauch, der keine Zuordnung zur Zielgruppe erkennen lässt.

7. Können anerkannte Asylbewerber auch zur Zielgruppe des Spezifischen Ziels 2 gehören, wenn sie bis zur Entscheidung über das Asylverfahren im Rahmen des Spezifischen Zieles 1 gefördert wurden?

Ja. Die Tatsache, dass Zielgruppenangehörige zuvor in einem anderen Spezifischen Ziel gefördert wurden ist unerheblich.

8. In welchem definitorischen Alterskreis spricht das BAMF von Jugendlichen?

In Anlehnung an die Jugendmigrationsdienste und Jugendintegrationskurse sind hierunter Personen bis 27 zu verstehen.



Seite 13 von 22

9. Ist eine Förderung von Personen mit Duldungsstatus möglich?

Die Förderung von Personen mit Duldungsstatus ist ausschließlich im Spezifischen Ziel 3 „Rückkehr“ möglich.

10. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen wollen, kommen regelmäßig erst in das Clearingverfahren. In dieser Zeit bekommen die Betroffenen eine *Vorläufige Bescheinigung über die Meldung als unerlaubt eingereiste Ausländer*. Reicht diese Bescheinigung als Nachweis aus, dass sie zur Zielgruppe des spezifischen Ziel 1 gehören?

Die *Vorläufige Bescheinigung über die Meldung als unerlaubt eingereister Ausländer* ist nicht ausreichend. Das Clearing-Verfahren führt nicht zwingend zu dem Stellen eines Asylantrages. Erst mit Stellen eines Asylantrages erfüllt die Person die unter dem AMIF geforderte Zielgruppenzugehörigkeit.

11. Gelten die Ausführungen unter Nr. 10 auch für Maßnahmen zur Implementierung eines Clearingverfahrens?

Ja, auch Strukturmaßnahmen müssen sich indirekt an die Zielgruppe richten.

12. Gemäß §3 Abs. 3 der Förderrichtlinie können Maßnahmen mit einem gemischten Teilnehmerkreis (Drittstaatsangehörige und Unionsbürger) nur dann gefördert werden, wenn die Drittstaatsangehörigen einen Schwerpunkt ausmachen. Wie ist der Schwerpunkt quantitativ zu bestimmen?

Die Schwerpunktsetzung wird dann erreicht, wenn eine weit überwiegende Anzahl der Kursteilnehmer Drittstaatsangehörige sind. Die erfolgreiche Schwerpunktsetzung wird vermutet, wenn mindestens 60 % der Teilnehmer Drittstaatsangehörige sind. Gemäß §3 Abs. 4 der Förderrichtlinie sind in einem solchen Fall aber auch nur die angefallenen Ausgaben für die Drittstaatsangehörigen förderfähig.

13. Kann eine nicht mehr zur Zielgruppe gehörende Person weiter an einer Maßnahme teilnehmen?

Nein.



2.2.2 Zielgruppennachweis

1. Ist es möglich ein Projekt durchzuführen, das sich sowohl direkt als auch indirekt an die Zielgruppe wendet?

Ja. Für die Maßnahmen, die sich direkt an die Zielgruppe richten, ist ein Zielgruppennachweis zu führen. Für indirekte Maßnahmen ist ein Nachweis zur Zielerreichung zu erbringen.

2. Gibt es Vorgaben zur Dokumentation des Zielgruppennachweises?

Ja, siehe Nr. 7a der *Detaillierten Projektbeschreibung* des Antragsvordrucks.

3. Ist ein Zielgruppennachweis bei Strukturprojekten zu führen?

Nein. Bei Strukturprojekten ist jedoch ein Nachweis zur Zielerreichung zu erbringen.

4. Reicht zum Nachweis der Zielgruppe im Spezifischen Ziel 1 die *Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender aus (BÜMA)* aus?

Ja.

2.3 Lage und Bedarf

1. Im Projektantrag wird gefragt, inwieweit der Bedarf eines solchen Projektes vor Ort bereits durch andere Maßnahmen, welche aus dem Haushalt der EU oder als Teil einzelstaatlicher Programme finanziert werden, abgedeckt wird. Wie ist das zu verstehen?

Der Antragsteller hat den Bedarf für sein Projekt darzulegen. Wird ein ähnliches Projekt vor Ort bereits durch den Haushalt der EU oder durch einzelstaatliche Programme gefördert, so hat der Antragsteller darzulegen, warum es dennoch einen Bedarf für sein Projekt gibt.

2.4 Personalausstattung

1. Genügt es hier den Text der künftigen Stellenausschreibung einzufügen oder müssen die im Projekt arbeitenden Personen bereits feststehen?

Hier müssen weder die Stellenausschreibungen eingefügt werden, noch muss das Personal im Einzelnen bereits feststehen. Anzugeben ist zunächst eine Tätigkeitsbeschreibung im Projekt (Anlage 1 zum Gesamtfinanzplan) und in einem weiteren Schritt sind diesen Tätigkeiten die jeweiligen Projektmitarbeitenden zuzuweisen (Anlage 1a zum Gesamtfinanzplan). Hier werden die Qualifikationen, des bereits namentlich in den Finanzplan auf-



Seite 15 von 22

genommen Personals, bzw. des Personals, das noch eingestellt werden soll dahingehend überprüft, ob diese die Eingruppierung gemäß der Tätigkeitsbeschreibung rechtfertigen.

3 Gesamtfinanzplan

Bitte beachten Sie auch die Hinweise zu den Förderbestimmungen!

3.1 Allgemein

1. Sind im Finanzplan die monatlichen Ausgaben anzugeben?

Sofern nicht ausdrücklich nach monatlichen Ausgaben gefragt wird, müssen sich alle Angaben auf die gesamte Projektlaufzeit beziehen.

2. Können im Finanzplan Plandaten angegeben werden, wenn die endgültigen Summen noch nicht feststehen?

Für den Finanzplan sind realistische und nachvollziehbare Plandaten ausreichend.

3. Können Kosten im Finanzplan geltend gemacht werden?

Nein, es erfolgt eine Projektförderung auf Ausgabenbasis (§ 11 der Förderrichtlinie). Dies bedeutet, dass hinter jeder Position im Finanzplan eine Ausgabe, also ein nachweisbarer Zahlungsvorgang vorliegt.

4. Müssen bei einem Projekt mit Projektpartnern mehrere Finanzpläne eingereicht werden?

Nein, der Finanzplan umfasst die gesamten Ausgaben und Einnahmen des gesamten Projektes.

5. Sind bauliche Maßnahmen förderfähig?

Nein, gemäß § 18 lit. i der Förderrichtlinie.

3.2 Personalausgaben

Bitte beachten Sie auch die Hinweise zu den Förderbestimmungen, Teil D, Punkt 2!

1. Können Leitungsorgane (Geschäftsführer, Vereinsvorstände etc.) als angestellte Dozenten von der eigenen Organisation für das Projekt beschäftigt und können diese Personalausgaben abgerechnet werden?

Vgl. Frage 3 bei Punkt 3.8.

Seite 16 von 22

2. Sind Personalausgaben für die projektbezogene Verwaltung und Controlling förderfähig?

Ja.

3. Führen Gehaltserhöhungen (z.B. Tarifierhöhung, Stufenaufstieg) während der Projektlaufzeit zur Erhöhung der festgelegten Personalausgaben?

Nein. Personalausgaben werden im Rahmen der Aufforderung 2019 als Personalkostenpauschale auf Grundlage der Tabelle des Bundesministeriums für Finanzen für Personal- und Sachkosten erstattet (vgl. Hinweise zu den Förderbestimmungen, Teil D, Punkt 2.1)

4. Besteht im Falle einer Bewilligung die Möglichkeit die Personalausgaben nochmal anzupassen, wenn sich vor Projektbeginn und Erlass des Zuwendungsbescheides die Personalsituation verändern?

Im Falle einer Bewilligung werden die Personalausgaben von der EU-Zuständigen Behörde auf Grundlage der Tabelle des Bundesministeriums für Finanzen ermittelt. Sollten Anpassungen notwendig werden, so können diese durch die EU-Zuständige Behörde vorgenommen werden.

5. Wie hoch darf der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben sein?

Es gibt keine Begrenzung.

6. Die hinsichtlich der förderfähigen Personalausgaben zu berücksichtigenden Eingruppierungsrichtwerte der *Hinweise zu den Förderbestimmungen* treffen nicht auf alle Projektmitarbeiter zu. Wie kann eine höhere Eingruppierung im Einzelfall begründet und nachgewiesen werden?

Die Begründung erfolgt über die Tätigkeitsbeschreibung und der anschließenden Zuweisung des Projektpersonals (Alnage 1 und 1a des Gesamtfinanzplans). Dabei ist zunächst darauf abzustellen, welche Tätigkeiten im Projekt notwendig sind. Jede dieser Tätigkeiten wird dann gemäß der aktuellen [BMF Tabelle](#) eingruppiert. In einem zweiten Schritt werden dann die einzelnen Personen den jeweiligen Tätigkeiten zugeordnet. Dabei werden die persönlichen Qualifikationen der Mitarbeitenden dahingehend überprüft, ob diese die Eingruppierung nach der Tätigkeitsbeschreibung rechtfertigen.

7. Ist es möglich Personen auf Minijob-Basis im Finanzplan anzugeben?

Ja.



3.3 Reise- und Aufenthaltskosten

1. Sind Teilnahmegebühren für Fortbildungen der Projektmitarbeiter förderfähig?

Ja, wenn diese unmittelbaren Projektbezug haben, sind sie im Finanzplan bei den Reiskosten anzugeben.

2. Kann auch die große Wegstreckenentschädigung geltend gemacht werden?

Grundsätzlich nicht.

3.4 Ausrüstungsgegenstände

1. Wie sind Ausrüstungsgegenstände richtig anzugeben? Jeden Gegenstand einzeln aufzählen oder z. B. unter Büroeinrichtung alles zusammenfassen und als eine Summe darstellen?

Die Ausrüstungsgegenstände sind einzeln aufzulisten.

2. Können Leihgebühren für Ausrüstungsgegenstände geltend gemacht werden?

Ja.

3.5 Sonstige direkte Ausgaben

1. Müssen Verbrauchs- und Versorgungsgüter einzeln aufgezählt werden?

Diese sind einzeln aufzulisten. Zusammenfassungen sind möglich, wo es sinnvoll erscheint (z.B. bei Lebensmittelpakete, Kleidung).

2. Wo sind Ausgaben für Verpflegungs- und Materialausgaben für Veranstaltungen anzusetzen?

Diese sind bei den *sonstigen direkten Ausgaben* anzusetzen. Bewirtungsausgaben, die ausschließlich für das Personal des Zuwendungsempfängers/Kooperationspartner anfallen, sind nicht förderfähig.



Seite 18 von 22

3.6 Anmietung von Immobilien

1. Wie sollen absehbare Erhöhungen der Energiekosten und sonstigen Mietnebenkosten über die Projektlaufzeit hinweg im Finanzplan abgebildet werden?

Siehe 3.1 Nr. 2.

3.7 Sonstige direkte Ausgaben

1. Wo sind Reisekosten der Projektbegünstigten anzugeben?

Siehe Punkt 6.2 der *Hinweise zu den Förderbestimmungen*.

3.8 Unterverträge

1. Ist die Beschäftigung von Honorarkräften im Ausland, z.B. bei Vorintegrationsprojekten möglich?

Ja.

2. Sind vor Beauftragung von Honorarkräften Vergleichsangebote zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit einzuholen?

Ja, gemäß Nr. 3.1 der ANBest-P sind bei Zuwendungen von über 100.000 € nach § 50 UVgO Vergleichsangebote ohne förmliches Verfahren einzuholen.

3. Können Leitungsorgane (Geschäftsführer, Vereinsvorstände etc.) als Honorarkraft für Dozententätigkeit von der eigenen Organisation beauftragt werden und die Honorarkosten über die Unterverträge abgerechnet werden?

Ja, solche Inselforderungen sind nach § 181 BGB aber nur möglich, wenn die Organisation die Leitungsorgane vom Selbstkontrahierungsverbot durch z.B. die Satzung oder Beschluss der Mitgliederversammlung bei Vereinen oder Gesellschafterversammlungen bei GmbHs für dieses Geschäft befreit.

4. Kann das Projekt vollständig durch Honorarkräfte durchgeführt werden?

Gemäß § 17 der Förderrichtlinie können grundsätzlich bis zu 50% der förderfähigen Ausgaben auf fremdvergebene projektbezogene Tätigkeiten entfallen. Eine Fremdvergabe mit höherem Prozentanteil bedarf der Genehmigung der Zuständigen Behörde.



3.9 Indirekte Kosten

1. Ist ein Nachweis über die indirekten Kosten zu führen?

Nein, es handelt sich um eine Pauschale, für die kein Nachweis über Belege zu führen ist.

2. Bei Eingabe der Ausgaben in den Finanzplan entstehen automatisch indirekte Kosten. Warum?

Indirekte Kosten werden als Pauschale in Höhe von 7 % der direkten förderfähigen Gesamtausgaben oder 15 % der direkten förderfähigen Personalausgaben im Finanzplan automatisch berechnet (vgl. Hinweise zu den Förderbestimmungen, Teil D, Punkt 8). Dem Antragsteller steht es frei, zwischen **einer** der zwei Optionen durch die Eingabe des „X“ im Gesamtfinanzplan zu wählen.

3. Welche Ausgaben fallen unter die indirekten Kosten?

Siehe Punkt 7 der *Hinweise zu den Förderbestimmungen*.

3.10 Einnahmen

3.10.1 Eigenanteil

1. Wie kann der Eigenanteil in Höhe von 25 % finanziert werden?

Zur Deckung des von der Zuwendung aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds nicht abgedeckten Anteils kommen beispielsweise der Eigenanteil des Zuwendungsempfängers oder Projektpartners, Beiträge von Dritten (staatliche und nichtstaatliche Zuwendungen) oder durch das Projekt erwirtschaftete Einnahmen in Betracht. (vgl. hierzu auch § 10 Abs. 2 der Förderrichtlinie).

2. Wie ist mit neu hinzutretenden Deckungsmitteln umzugehen?

Da die Zuwendung nach § 6 Abs. 5 der Förderrichtlinie in Form der Anteilfinanzierung gewährt wird, ermäßigt sich die Zuwendung anteilig gemäß ANBest-P Nr. 2.1 mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers. Neu hinzutretende Deckungsmittel sind z.B. Erhöhung von Kofinanzierungen, neu angeworbene Kofinanzierungen, Erhöhung der Projekteinnahmen oder Erhöhung des Eigenanteils.

3. Wenn im Projektverlauf die beantragte Zuwendung nicht ausgeschöpft wird, ist dann der Eigenanteil dennoch in voller Höhe zu erbringen oder reduziert sich dieser anteilig?



Seite 20 von 22

Wenn die beantragte Zuwendung nicht ausgeschöpft wird, dann reduziert sich auch der Eigenanteil entsprechend (siehe hierzu ANBest-P Nr. 2.1). Zu beachten ist, dass die Mindestantragssumme in Höhe von 100.000 Euro nicht unterschritten werden sollte.

4. Kann die Nutzung der Infrastruktur eines Trägers in Form des Gemeinkostenzuschlags als Eigenmittelanteil angerechnet werden?

Nein, Kosten können nicht als Eigenmittel angerechnet werden.

5. Wenn die Finanzierung der Eigenmittel über Spenden o.ä. erfolgt, was soll dann angegeben werden?

Erfolgt die Finanzierung über Eigenmittel, so sind keine weiteren Angaben im Finanzplan erforderlich. Handelt es sich um Spenden für das beantragte Projekt, so sind dies Einnahmen und keine Eigenmittel.

6. Ist es möglich, dass der Eigenanteil nur bestimmte Ausgaben abdeckt?

Nein, aufgrund der Anteilsfinanzierung werden alle Ausgabenpositionen bis zu 75 % gefördert. Die restlichen 25 % aller Ausgabenpositionen sind über den Eigenanteil zu finanzieren.

7. Können die Eigenmittel auch als Sachleistungen erbracht werden?

Nein, gemäß § 6 Abs. 3 der Förderrichtlinie.

3.10.2 Kofinanzierungen

1. Müssen Zuwendungen von dritter Seite (Kofinanzierungen) auf das Projekt bezogen sein?

Eine Kofinanzierung für das Projekt liegt nur dann vor, wenn sie projektbezogen ist und spezifisch zu diesem Zweck gewährt wird. Sonstige Mittel, die der Antragsteller unabhängig von dem beantragten AMIF-Projekt von Dritten erhält, stellen keine Kofinanzierung dar, sondern können über den Eigenanteil des Antragstellers eingebracht werden.

2. Können Personalausgaben als Kofinanzierung eingebracht werden?

Nein.

3. Handelt es sich bei der Übernahme von Mietausgaben durch einen Dritten um eine Kofinanzierung?

Nein.



Seite 21 von 22

4. Was passiert, wenn der Drittmittelgeber im Laufe des Projektes abspringt und eine Finanzierungslücke entsteht?

Der Zuwendungsempfänger hat dafür Sorge zu tragen, dass die Finanzierungslücke wieder geschlossen wird.

5. Können Leistungen aus dem SGB als Kofinanzierung eingebracht werden?

Nein.

6. Können auch Kofinanzierungen angegeben werden, für die noch keine schriftliche Zusage erfolgt ist?

Ja, spätestens bei Bewilligung ist eine schriftliche Zusage nachzureichen.

3.10.3 AMIF-Zuwendung

1. Kann auch eine Förderung i. H. v. 90% gem. § 6 Abs. 3 der Förderrichtlinie beantragt werden?

Nein.

2. Ist die Höhe der Zuwendung des AMIF nach oben begrenzt?

Die Begrenzung ergibt sich aus den für das jeweilige Nationale Ziel ausgeschriebenen Fördermitteln.

3. Können bei mehrjährigen Projekten die geplanten Ausgaben in den verschiedenen Projektjahren voneinander abweichen, solange jeweils die Mindestfördersumme erreicht wird?

Ja.

4. Wann wird die bewilligte AMIF-Zuwendung ausbezahlt?

Gemäß § 7 Abs. 3 der Förderrichtlinie sind die Fördermittel in einem sechsmonatigen Rhythmus anzufordern. Die Höhe der Vorauszahlungen ist auf 80% des Zuwendungsbetrages begrenzt.

5. Ist die AMIF-Zuwendung umsatzsteuerfrei?

Ja.

6. Kann sich die Höhe bzw. der Anteil der AMIF-Zuwendung an den Gesamtausgaben nach Antragstellung erhöhen?

Seite 22 von 22

Nein. Die aus dem AMIF gewährten Mittel können weder summenmäßig noch prozentual die beantragte Zuwendung und deren Anteil an den Gesamtausgaben übersteigen.